

# Blickpunkt Europa

Europapolitisches Magazin

Ausgabe 20 | November 2015



Fraktion der Progressiven Allianz der  
**Sozialdemokraten**  
im Europäischen Parlament



Liebe Leserin, lieber Leser,

jetzt im Herbst präsentiere ich Ihnen eine weitere Ausgabe meines Infomagazins Blickpunkt Europa. Dieses Mal geht es um zentrale Forderungen für eine gemeinsame europäische Strategie in der Flüchtlingspolitik und den Beschluss des Europäischen Parlaments zum europaweiten Schutz von (nicht-landwirtschaftlichen) Qualitätsprodukten. Zudem lege ich dar, welche Konsequenzen das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) gegen das sogenannte Safe-Harbor-Abkommen über die Weitergabe von Daten in die USA für den europäischen Datenschutz haben muss.

Wie in jeder Ausgabe berichte ich zudem über Termine im Europäischen Parlament und vor Ort sowie über Besuchergruppen in Straßburg und Brüssel.

**Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre!**

Herzliche Grüße

Ihre Birgit Sippel

## Regionale Markenqualität schützen



Das Europäische Parlament spricht sich dafür aus, dass regionale Herkunftsbezeichnungen zukünftig von Herstellern europaweit als Qualitätssiegel geschützt werden können. Dafür soll ein einheitliches europäisches Schutzsystem für geografische Angaben bei Qualitätsprodukten wie Anröchter Stein geschaffen werden. Ein vergleichbares System existiert bereits für landwirtschaftliche Produkte mit mehr als 3.000 geschützten Herkunftsbezeichnungen.

Durch das geforderte Schutzsystem sollen Erzeuger hochwertiger Produkte mehr Rechtssicherheit erhalten. Verbraucher können sicher sein, dass sie das gewünschte Original kaufen statt eines billigen Nachahmerprodukts mit minderer Qualität. Bei nicht-landwirtschaftlichen Produkten haben Hersteller billiger Kopien derzeit leichtes Spiel. Der Rechts-

weg gegen Nachahmer ist vor allem für kleinere Betriebe häufig teuer und langwierig. Bisher verfügt gerade einmal die Hälfte der europäischen Mitgliedstaaten über nationale Regelungen zum Schutz von Herkunftsangaben.

Das soll sich jetzt ändern. Das Europäische Parlament fordert die EU-Kommission dazu auf, im Rahmen einer Strategie für den Binnenmarkt entsprechend aktiv zu werden. Ein europaweiter Schutz von Qualitätsprodukten soll auch in dem geplanten Freihandelsabkommen mit den USA, TTIP, und allen zukünftigen Handelsabkommen der EU verankert werden. Mit Blick darauf plädieren die Europaabgeordneten für eine offene Liste mit schützenswerten Herkunftsbezeichnungen landwirtschaftlicher und nicht-landwirtschaftlicher Produkte.

# Gemeinsame Strategien für eine nachhaltige Europäische Flüchtlingspolitik

Flüchtlinge stellen Europa vor zahlreiche Herausforderungen – als Ganzes, in den Mitgliedstaaten wie auch ganz konkret vor Ort. Nur durch gemeinsames europäisches Handeln können diese Herausforderungen bewältigt werden.

Alle Mitgliedstaaten müssen hier Verantwortung übernehmen, auch durch eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge in Europa. Bei der zuletzt beschlossenen Umverteilung von 160.000 Flüchtlingen aus Italien und Griechenland (Ungarn wollte sich nicht beteiligen) handelt es sich lediglich um einen Notfallmechanismus. Benötigt wird eine langfristige Lösung – ein neuer, umfassender Verteilungsschlüssel, der zukünftig das Dublin-System, welches regelt, dass das Erstzutrittsland für ein Asylverfahren zuständig ist, ersetzt.

Alle ankommenden Flüchtlinge müssen zügig registriert werden. Die Mitgliedstaaten müssen dafür ausreichend Personal und die notwendige Technik zur Verfügung stellen. Bei Bedarf sollen sie dabei europäische Agenturen wie das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) unterstützen. In Deutschland muss nicht nur mehr Personal beim zuständigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zur Verfügung gestellt werden, die beteiligten Behörden benötigen auch einheitliche technische Standards, u. a. bei der Registrierung, um Informationen schneller austauschen zu können.

Menschen fliehen vor politischer Verfolgung, der katastrophalen humanitären Lage in Krisenregionen und Perspektivlosigkeit angesichts fehlender Schulbildung und Gesundheitsfürsorge. Diese Menschen haben ein Recht auf unseren Schutz, und zwar in allen Mitgliedstaaten! Dazu bedarf es gleicher Mindeststandards einschließlich Unterkunft, Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und soziale Mindestabsicherung, die mit derjenigen der eigenen Bevölkerung vergleichbar ist. Wir brauchen eine vollständige Umsetzung der Vorgaben des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems einschließlich ein-



heitlicher Asylstandards in allen europäischen Ländern. Zur Integration der Flüchtlinge können langfristig verstärkt europäische Fonds wie der Europäische Sozialfonds (ESF) genutzt werden. Hier gibt es Möglichkeiten, auch vor Ort, im Rahmen von Projekten z. B. zur sozialen Quartiersentwicklung, auf Förderprogramme des Landes zurückzugreifen.

Europa darf sich nicht abschotten! Wir brauchen mehr sichere Wege nach Europa, um Flüchtlingen Alternativen zu solchen Fluchtwegen anzubieten, bei denen sie sich in die Hände krimineller Schlepper begeben müssen. Personen ohne Asylgrund, die nicht den Schutz der Genfer Flüchtlingskonvention in Anspruch nehmen können oder nicht als Kriegsflüchtlinge besonderen Schutz erhalten, sollen, bevorzugt auf freiwilliger Basis, zurückgeführt werden.

Gleichzeitig müssen wir denjenigen, die zu uns kommen, um zu arbeiten, legale Migration ermöglichen. Dazu ist eine Überarbeitung der Blauen Karte EU nötig sowie weitere Angebote - schließlich brauchen wir in Europa Arbeitskräfte unterschiedlicher Qualifikationen. Zuwanderung soll zudem durch entsprechende Einwanderungsgesetze geregelt werden, auch in Deutschland.

Ziel muss es zudem sein, Fluchtursachen nachhaltig zu bekämpfen. Auch hierfür müssen alle Mitgliedstaaten an einem

Strang ziehen, um eine Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftstaaten zu garantieren. Dafür sind ausreichend finanzielle Mittel der EU und ihrer Mitgliedstaaten für den UNHCR sowie das World Food Programme ebenso nötig wie eine bessere Abstimmung der Außen-, Handels- und Entwicklungspolitik: EU-Handelspolitik muss neue, starke Impulse für Entwicklungsländer bieten, dabei helfen, wirtschaftliche Strukturen aufzubauen und so wirtschaftliche Perspektiven für die Bevölkerung zu schaffen. Zudem müssen Herausforderungen wie Klimawandel, Ernährungssicherheit, eine ausreichende Gesundheitsversorgung in den Entwicklungsländern sowie Unterstützung für demokratische Entwicklungen stärker in die Außen- und Entwicklungspolitik der Union und ihrer Mitgliedstaaten einfließen. In der Außenpolitik muss sich Europa an internationalen Initiativen zur Befriedung des Nahostraums beteiligen und seine nationalen Politiken besser untereinander abstimmen. Erst wenn wir unsere diplomatischen, außen- und entwicklungspolitischen Instrumente besser koordinieren und nach Außen mit einer Stimme sprechen, kann die EU in ihrer Nachbarschaft eine Rolle als Friedensmacht spielen.

Gemeinsame europäische Lösungen in der Flüchtlingspolitik sind also notwendig. Es darf kein Auseinanderdriften Europas in der Flüchtlingsfrage geben. Nur ein „mehr Europa“ kann der Weg sein.



# Sieg für die Grundrechte

## Kein „sicherer Hafen“ für europäische Daten in den USA

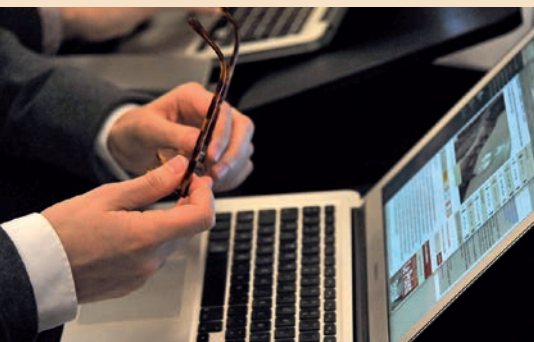
Am 6. Oktober fällte der Europäische Gerichtshof (EuGH) sein Urteil im Fall des österreichischen Facebook-Nutzers Schrems, der in Irland Beschwerde gegen die dort ansässige Tochtergesellschaft von Facebook eingereicht hatte, weil er nach der NSA-Spionageaffäre den Schutz seiner Daten nicht mehr als gewährleistet ansah. Das Urteil des EuGH ist ein wichtiges Signal für den europäischen Datenschutz: Die Richter stellen in ihrem Urteil fest, dass das sogenannte Safe-Harbor-Abkommen der EU-Kommission aus 2000, das Firmen wie Google, Facebook und Co. die Weitergabe personenbezo-

gener Daten von EU-Bürgern in die USA erlaubt, wenn diese eine Selbstverpflichtung zum Datenschutz eingehen, gegen europäische Grundrechte verstößt. Mit dem Abkommen hatte die Europäische Kommission die USA zum „sicheren Hafen“ für europäische Daten erklärt.

Seit Jahren äußern Europäische Sozialdemokraten Bedenken gegen das Safe-Harbor-Abkommen. Es bietet ein völlig unzureichendes Schutzsystem für die Daten und Privatsphäre europäischer Bürgerinnen und Bürger, und das nicht erst seit der NSA-Affäre! Der EuGH bemängelt folgerichtig, dass die derzeitigen Regeln generell die Speicherung aller aus der EU in die USA übermittelten personenbezogenen Daten gestatten. Jegliche Differenzierung, Einschränkung, Ausnahme anhand des verfolgten Ziels oder objektive Kriterien, die es ermöglichen, den Zugang der amerikanischen Behörden zu den Daten und deren spätere Nutzung, etwa aus Gründen einer nicht näher definierten „nationalen Sicherheit, zu beschränken, fehlen. Europäische Bürgerinnen und Bürger haben zudem keine Möglichkeit, sich

rechtlich gegen Datenmissbrauch zu wehren. Das steht im eklatanten Widerspruch zum EU-Grundrecht auf einen wirksamen gerichtlichen Rechtsschutz.

Klar ist: Dieses Urteil muss Konsequenzen für die laufenden Trilogverhandlungen zur EU-Datenschutzreform haben. Wir müssen die Regeln für den Datentransfer in Drittstaaten noch einmal grundlegend prüfen. Wirtschaftliche Interessen dürfen kein Einfallstor für millionenfachen Grundrechtebruch sein. Nationale Aufsichtsbehörden und Datenschutzbeauftragte müssen gestärkt werden. Das Urteil hat klargestellt, dass die EU-Kommission nicht das Recht hat, Aufsichtskompetenzen nationaler Datenschutzbehörden dermaßen stark einzuschränken. Diese müssen Beschwerden wie die von Schrems jederzeit untersuchen können.



## Besucher im Parlament

Nach der parlamentarischen Sommerpause nutzten erneut viele Bürgerinnen und Bürger aus meinem Betreuungsgebiet und darüber hinaus die Möglichkeit, mich an meinen Arbeitsstätten in Brüssel und Straßburg zu besuchen. Anfang September kam eine Gruppe der DGB-Senioren Paderborn-Höxter nach Straßburg (Foto). Dort durfte ich zudem eine Gruppe der SPD-Ratsfraktion Burbach sowie eine Gruppe des Sozialwerks des Polizeipräsidiums Bielefeld e.V. empfangen. Über den Austausch über meine Arbeit im Europäischen Parlament und aktuelle europapolitische Themen habe ich mich gefreut.

Nach Brüssel reiste eine Besuchergruppe der IG Metall-Seniorinnen und Senioren aus dem Märkischen Kreis.

Im November werde ich eine Besuchergruppe des Ev. Schülerinnen- und Schülerarbeit in Westfalen e. V. (ESW) aus Hagen-Berchum sowie eine Gruppe der Gewerkschaft der Polizei NRW (GdP NRW) im Brüsseler Parlament begrüßen. Zudem ist für Anfang Dezember ein Gespräch mit Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Besucherfahrt aus dem Kreis Unna in Brüssel geplant.



Ende November biete ich eine weitere Besucherfahrt für Bürgerinnen und Bürger aus dem Kreis Olpe nach Straßburg an. Diese ist allerdings seit mehreren Wochen ausgebucht. Im kommenden Jahr plane ich weitere Angebote für Besucherfahrten, über die ich gerne an dieser Stelle informiere.

# Termine im Europäischen Parlament und vor Ort

Die Migrations- und Flüchtlingspolitik war und ist weiterhin Schwerpunkt vieler Termine in Südwestfalen, Brüssel, Berlin und darüber hinaus: Neben Besuchen bei Einrichtungen zur zentralen Unterbringung in Karlsruhe und Bad Laasphe und zur Betreuung von Flüchtlingen vor Ort, wie der Flüchtlingsberatung der Diakonie in Meschede und des Jugendmigrationsdienstes in Soest, habe ich an vielen Veranstaltungen teilgenommen, zu denen ich von verschiedenen Organisationen eingeladen wurde. Die sogenannte Dublin-III-Verordnung stand z. B. im Mittelpunkt einer Podiumsdiskussion an der Humboldt-Universität Berlin. Bei einer Tagung der Ev. Akademie Loccum Ende November geht es u. a. um Alternativen zur Dublin-Rückführung von Flüchtlingen und um Verteilungsquoten für Flüchtlinge. Im Rahmen einer Europakonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bad Honnef Anfang Dezember sollen Forderungen an eine zukünftige Flüchtlingspolitik diskutiert werden.

Nachdem ich dem Dortmunder Flughafen einen Besuch abgestattet habe, um mich über die Arbeit der Bundespolizei u. a. im Bereich der illegalen Migration zu informieren, ist für Anfang November eine Begleitung eines Einsatzes der Polizei beim Revier-Derby in Dortmund geplant.

Weitere Themenbereiche meines Innenausschusses standen bzw. stehen im Fokus von Veranstaltungen, u. a. dem EU-Strafrechtstag in Bonn und der Bundestagsfraktion zur geplanten EU-Datenschutzgrundverordnung in Berlin. Bei einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem Deutschen Juristinnen Bund in Brüssel ging es um Verfahrensrechte in Strafverfahren. Im Gespräch bei der Siegener Firma Microdrones tauschte ich mich mit der Geschäftsleitung über verschiedene Einsatzfälle von Drohnen aus.

Während der parlamentarischen Sommerpause habe ich zudem Termine rund um Energieversorgung wahrgenommen. Ich besuchte den Windpark Hesselbach in Bad Laasphe, das erste „Wind im Wald“ Projekt in Nordrhein-Westfalen. Im Anschluss kam ich mit Mitgliedern der örtlichen Bürgerinitiative ins Gespräch. Beim e-Forum und e-Mobilitätsmarkt ging es um Klimaschutzaktivitäten in Hilchenbach. Die Bürgerinnen und Bürger des Ortsteils Grund hatten über einige Monate hinweg ein E-Dorf-Auto genutzt. In Ense habe ich mich über das örtliche Repowering-Projekt informiert. Ende August besuchte ich die Firma Kostal Industrie Elektrik in Hagen, die ein neues Produkt zum Speichern von Strom aus Sonnenenergie entwickelt hat.

Am 23. Oktober habe ich gemeinsam mit der Organisation Bürger Europas e.V. das Europaquiz „Wer wird Europameister?“ für Schülerinnen und Schüler der Klassen 9 der Pauli-Hauptschule in Soest angeboten. Zuvor kamen wir über meine Arbeit als Europaabgeordnete ins Gespräch.



## Impressum

### Verantwortlich

Birgit Sippel MdEP · Ulricherstraße 26 · 59494 Soest  
Telefon: 02921 364738 · europa@birgit-sippel.de · www.birgit-sippel.de  
www.facebook.com/BirgitSippel · www.twitter.com/BirgitSippelMEP

### Redaktion

Europabüro Birgit Sippel

### Satz

ensemble»design, Soest/München

### Fotos

Europabüro Birgit Sippel · European Parliament / Audiovisual Services for Media  
www.istockphoto.de (ugde) · www.pixelio.de (Rainer Sturm)

